

Adressendient

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto. • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreilindstr. 5

64. Jahrgang

Berlin, den 11. August 1926

Nummer 63

Gewerbepolitische Marginalien

I.

Vom 16. bis 18. Juni d. J., also wenige Tage vor dem Zusammentritt unseres Verbandsparlamentes in Berlin, tagte in Stuttgart der Geschäftsführende Ausschuß und der Hauptvorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins. Nach dem über drei Nummern der „Zeitschrift“ sich erstreckenden Bericht über diese Tagung der Leitung der maßgebenden Unternehmerorganisation im deutschen Buchdruckgewerbe standen auf deren Tagesordnung Fragen zur Besprechung und Erledigung, die als Vorarbeit für die zum 5. und 6. September d. J. nach Eisenach einberufene Hauptversammlung des DVV. in Betracht kommen. Da bekanntlich schon seit vielen Jahren die Hauptversammlungen der Prinzipalsorganisation wenig Gelegenheit zu einer eingehenden Stellungnahme der jeweils zu erledigenden Fragen bieten, sich in der Hauptsache auf die Annahme der von der Vereinsleitung befürworteten Vorlagen oder Voranschläge beschränken, so kommt der diesbezüglichen Vorarbeit des Geschäftsführenden Ausschusses und des Hauptvorstandes eine ausschlaggebende Bedeutung zu. Das berechtigt auch zu einer Beurteilung der Beschlüsse der beiden letztgenannten Instanzen, ohne erwarten zu müssen, daß die Hauptversammlung noch wesentliche Änderungen der schon vorher aufgestellten Richtlinien bringen würde.

Zunächst wurde auf der Tagung in Stuttgart im Sinne eines Antrages des Kreises VII (Saßsen) der Begriff der Mitgliedschaftsberechtigung erörtert und folgende Ergänzung der diesbezüglichen bisherigen Satzungsvorschriften in Vorschlag gebracht:

a) Als Besitzer bzw. Besitzerinnen können sowohl natürliche Personen als auch juristische Personen und die diesen gleichstehenden Gesellschaften, wie offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften usw., in Frage. Als handelsrechtlich bevollmächtigte Leiter sind neben den Kraft des Gesetzes zur Leitung Berufenen auch die durch Procura oder schriftlich unbeschränkte Handlungsvollmacht berufenen Leiter anzusehen.

b) Eine Vereinigung von Besitzern bzw. Besitzerinnen kann als solche nicht als Mitglied aufgenommen werden.

Daraus ist zu ersehen, daß eine auch im Buchdruckgewerbe mehr und mehr in Erscheinung tretende Verwischung früherer persönlicher Besitzverhältnisse zu einer Abänderung der bisherigen Bestimmungen über die Mitgliedschaftsberechtigung in der Prinzipalsorganisation drängt. Inwieweit eine Abnahme bisheriger Alleinhaber von Buchdruckereibetrieben, ferner die in den letzten Jahren unverkennbar gewordene Erweiterung des Produktionsapparates trotz eines gewissen Beharrungszustandes der Betriebszahl, oder die durch die wirtschaftlichen und politischen Folgen des „Stahlbades“ eingetretene Verschärfung der Finanzkräfte gegenüber Gewerbe, Industrie und Handel dabei eine mehr oder minder große Rolle spielen, bleibe zunächst dahingestellt. Jedenfalls läßt die für den Deutschen Buchdrucker-Verein eingetretene Notwendigkeit einer solchen Formulierung der Mitgliedschaftsberechtigung erkennen, daß auch in unserm Gewerbe besondere Konzeptionen an neue Betriebsformen, die über den früheren engeren Rahmen privatkapitalistischer Selbständigkeit hinausgehen, gemacht werden müssen.

Die ausdrückliche Ablehnung der Mitgliedschaftsberechtigung für „Vereinigungen“ von Buchdruckereibesitzern oder -besitzerinnen könnte nach der unter a) gegebenen Spezialisierung des Rekrutierungsbereichs für die Mitgliedschaft im Deutschen Buchdrucker-Verein als überflüssig erscheinen. Ihre unzweideutige Fassung weist jedoch darauf hin, daß nicht nur Anzeigen, sondern sogar schon Versuche vorhanden waren

und sein müssen, daß Betriebsvereinigungen, zu deren Geschäftsbereich mehrere Buchdruckereibetriebe gehören, ihre Mitgliedschaft im DVV. nur auf einen Namen registrieren, und, was wohl das Wichtigste für beide Teile sein dürfte, auch nur auf einen Namen beitragspflichtig sein lassen möchten. Da im Deutschen Buchdrucker-Verein die Beitragszahlung zwar im allgemeinen seit 1922 mit 1½ pro Tausend der Bruttoverdienstsumme aufgebaut ist, die jährliche Beitragssumme für die Großbetriebe jedoch mit einer verhältnismäßig niedrigeren Pauschale begrenzt ist (was, nebenbei bemerkt, von den Besitzern kleinerer Betriebe als eine große Ungerechtigkeit beurteilt wird), so scheint die Ablehnung einer „Vereinigungs“-Mitgliedschaft nicht nur taktischer Natur zu sein. Doch das sind Fragen, die uns zunächst mehr oder weniger gleichgültig sein können. Beachtenswert bleibt dagegen, daß durch diese Satzungsänderung der Einfluß von Vertretern von größeren Betriebsgesellschaften sowohl persönlich wie wirtschaftspolitisch im Deutschen Buchdrucker-Verein noch mehr als bisher gestärkt wird. Zwar dürften gerade die Antragsteller aus Sachsen dieser Wirkung ihrer Anträge nicht gerade sympathisch gegenüberstehen; aber diese Wirkung wird im Zuge der privatkapitalistischen Entwicklung sicher eintreten. Sie ist vorerst die unvermeidliche Folge einer zwangsläufigen „Rationalisierung“, die sich weniger auf produktions-technische als auf finanzielle Vorherrschaft und noch viel weniger auf genauere Kenntnisse der physiologischen Grundwerte der menschlichen Arbeitskraft als Kultur- und Wirtschaftsfaktor zu stützen vermag.

Wir möchten keinen Zweifel darüber lassen, daß wir in dieser Entwicklung keine Erleichterung der zukünftigen Gestaltung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Buchdruckgewerbe erblicken können. Wenn auch ein erheblicher Teil bisher selbständiger Unternehmer im Buchdruckgewerbe den jeweiligen Bestrebungen der Gehilfenschaft in sozialer und tariflicher Beziehung nur zwangsläufig Verständnis entgegenbrachte und erst durch die organisierte Kraft der Gehilfenschaft dazu gedrängt werden mußte, den Weg der Tarifgemeinschaft und des Organisationsstärkern mitzugehen, so war doch für sie in den meisten Fällen persönliche Erkenntnis der Bedeutung einer verträglichen Zusammenarbeit im Produktionsprozess gerade im Buchdruckgewerbe noch besondere Triebfeder zur Vertändigung oder zum Waffenstillstand. Die Möglichkeit, daß umfangreichere privatkapitalistische Interessen- oder Betriebsgesellschaften unter Leitung eines gewissen Direktorensystems, das von Natur aus weniger an subjektive Haftung oder soziale Verantwortung gebunden ist, zu einer Zuspitzung von Gegensätzen zwischen Betriebsleitungen und Arbeiterschaft führt, ist teilweise schon durch die tägliche Praxis auch in unserm Gewerbe bewiesen. Durch die neuzeitliche, meistens aus finanziellen Gründen entspringende Zusammenfassung bisheriger selbständiger Einzelbetriebe zu angelisch mehr „kaufmännisch“ geleiteten Betriebsgesellschaften werden jedoch nicht nur die mehr oder weniger sozialen Berührungspunkte zwischen Arbeiterschaft und Unternehmer verwischt, es wird auch die Konkurrenzfähigkeit der noch verbleibenden geringeren Zahl von Einzelbetrieben beengt und erschwert. Eine stärkere Geldtendenz qualitativer Leistungsfähigkeit wird dadurch für diese Einzelbetriebe unerlässlich; was wiederum die Notwendigkeit einer stärkeren Spezialisierung im Produktionsprozess des Gewerbes erfordert.

Darüber hinaus aber, oder, noch verständlicher gesagt, aus dieser Entwicklung heraus, zeigt sich, daß der trotz aller maschinentechnischen und sonstigen Fortschritte immer wieder laut werdende Ruf aus Unternehmerkreisen nach mehr und qualitativ besseren

Arbeitsleistungen, die Bedeutung der menschlichen Arbeitskraft nicht kleiner macht, sondern auch der Macht privatkapitalistischer Unternehmungsform bestimmte Grenzen setzt. Was auf die Dauer von Unternehmerseite her nicht ohne Gefahr für deren eigene Zukunft unbeachtet bleiben kann. Und es ist schließlich von besonderer Bedeutung für die zukünftige soziale Entwicklung im Buchdruckgewerbe, daß sich der Deutsche Buchdrucker-Verein in neuer Zeit mehr als je zuvor mit Problemen beschäftigen muß, die neben der Erhaltung oder Festigung seiner wirtschaftlichen Grundlagen auch der Erweiterung der fachtechnischen Qualifikation seiner eignen Mitglieder dienen sollen. Die Erkenntnis, daß finanzielle und rein geschäftliche Verankerungen der gegenwärtigen Verhältnisse allein nicht mehr ausreichen, den Aufgaben der Zukunft vom Unternehmerstandpunkt aus gewachsen zu sein, ist typisch und von besonderem Interesse für die Arbeiterschaft unsres Gewerbes.

Das sind deutliche Anzeichen dafür, daß sowohl die finanziellen wie fachtechnischen Bedingungen des Produktionsprozesses im Buchdruckgewerbe auf die Dauer ohne stärkere Berücksichtigung der sozialen Elemente für die Träger der menschlichen Arbeitskräfte nicht mehr genügen werden. Es gibt noch andre Merkmale dafür, daß das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit im deutschen Buchdruckgewerbe einer gewerbepolitischen Neuorientierung auch auf Unternehmerseite zudrängt. Noch fehlt allerdings auf letzterer die Erkenntnis dafür, daß der größte Teil ihrer Sorgenfragen ohne sozial und wirtschaftlich gleichberechtigte Anerkennung der menschlichen Arbeitskräfte des Gewerbes nicht beseitigt werden kann. Noch versuchen sie mit allerhand einseitigen Hilfsmitteln ihre bisherige Vorherrschaft aufzufrischen. Daß aber diese Vorherrschaft den Keim der allmählichen Auflösung in sich selbst trägt, das beweist, wenn zunächst auch noch etwas formalrechtlich verschleiert, die der Eisenacher Tagung vorgelegte gleichwertige Verteilung der Mitgliedschaftsberechtigung auf natürliche und juristische Personen. Diese private kapitalistische Verteilung des persönlichen Eigentums an den Produktionsmitteln auf „gesellschaftliches“ Eigentum und Mitbestimmungsrecht ist zwar noch lange keine sozialistische oder gemeinwirtschaftliche in unserm Sinne. Aber sie wird ein entwicklungsgerichtlicher Vorläufer einer sozialen Neuorientierung auch im Buchdruckgewerbe werden. Wir haben keine Ursache, diese Entwicklung zu hemmen, sondern lediglich darüber zu wachen, daß sie nicht auf Kosten der Arbeiterschaft vor sich geht. Je kräftiger sich der Zusammenhalt in unserer Organisation gestaltet, desto kräftiger wird auch unser Einfluß auf die Zielrichtung dieser gewerbepolitischen Veränderungen sein.

An unsre Wanderer zum Bodensee!

Stärker als je in einem Jahre zuvor ist dieses Jahr der Zustrom von Durchreisenden an den Bodensee. Die traurigen Wirtschaftsverhältnisse, die große Arbeitslosigkeit zwingen viele Kollegen, auf die Reise zu gehen. Durch alle Landrichtungen geht der Schritt der Wanderer. Das Reiseziel ist immer ein erwähltes, erkorenes, verlockend aber, wenn dieses Natursehens von besonderem Reiz bietet.

Ein solches Reiseziel ist immer der Bodensee mit seinen blauen Fluten, mit seinen historischen alten Städten und Ortschaften, mit seiner herrlichen Umgebung von Wäldern und Bergen und dazu die nahe Schweiz, die österreichische Grenze, sie alle bilden die Anziehungskraft der wandernden Kollegen an den Bodensee!

Gewiß, es freut sich das Herz, es weitet sich der Sinn beim ersten Augenblick und Anblick der Pracht und Schönheit am Bodensee, besonders noch, wenn dieses von der göttlichen Sonne beschiene wird. Welchem Kollegen wollte man dieses Reiseziel verweigern?

Doch etwas anders ist es ja, was ich als Vorkämpfer vom Bezirk Konstanz den wandernden Kollegen ins Ohr und Gedächtnis vermitteln soll. Der starke Durchreisendenverkehr ruft einen Zustand in unsern einzelnen Ortsklassen hervor, der von den wandernden Kollegen dringend Beachtung erfordert.

Durch die vielen Ortsgefahrten, die die kleinen Mitgliedschaften gewähren, ist in den Ortsklassen dauernd eine gähnende Leere. Überhundert von Kollegen strömen immer wieder heran in die Gegend, und diesen allen ein Ortsgefahren zu geben außer ihrer Reiseunterstützung, ist auf die Dauer eine Unmöglichkeit. Manche Durchreisende glauben bestimmt noch ein Extragefahren erhalten zu müssen, und oftmals gerade solche, die noch Reiseunterstützung beziehen. Die zum Bezirk Konstanz gehörenden Mitgliedschaften sind durchschnittlich folgende: Konstanz 70 Mitglieder, Raabzell 5, Singen 20, Engen 6, Stadach 3, Abergingen 10 Mitglieder. Gewöhnlich ist es Sitte und Brauch, daß die meisten oder vielleicht alle Wanderer bei all diesen Mitgliedschaften antworten, sobald diese einen dieser Orte passieren. Für die ganz kleinen Mitgliedschaften ist der Wandererverkehr zu einer Plage und Not geworden. Wohl geben alle Kollegen im Bezirk gern ihr Scherflein, aber bei solch einem Verkehr ist dies auf die Dauer dennoch nicht möglich. Manche Mitgliedschaften mußten bereits das Ortsgefahren ausfallen lassen, andre oder die übrigen werden noch nachfolgen, wenn der Durchreisendenverkehr in dieser Stärke weitergeht. Wir verkennen nicht die Not der wandernden Kollegen, aber um nicht in das Licht gestellt zu werden geizig oder engherzig zu sein, so müssen einmal die Kollegen am Bodensee und Umgebung ebenfalls ihre Not und Sorge etwas schildern. Wer von den vielen Wanderern möchte wohl verlangen, von den kleinen Mitgliedschaften angesichts des starken Reiseverkehrs überall ein Ortsgefahren zu erhalten?

Schon die Reiseunterstützung des Verbandes, die die Jahrsstelle Konstanz ausahlt, geht in diesem Jahr jetzt schon in die mehrere Tausende, ja die Jahrsstelle Konstanz steht vielleicht an der Spitze aller auszahlenden Jahrsstellen, gemessen zum Prozentsatz ihrer Größe der Mitgliedschaft. Dies soll zwar für uns nicht von Belang sein, da diese Gelder aus der Verbandskasse vorausgabiert werden und alle Kollegen im Verband dazu besteuern. Naturgemäß gestaltet eben die Natur hier mit ihrer Anziehungskraft diesen Zustand und konzentriert alle wandernden Kollegen an den Bodensee, genau so wie alle die vielen Ferienreisenden und Fremden, die den Bodensee jährlich besuchen.

Also, an den Bodensee wandernde Kollegen, verschönd die kleinen Mitgliedschaften. Sie können nicht jeden von den Überhundertern Wanderern ein Extragefahren gewähren. Der Opfermut dieser Kollegen ist nicht klein. Alle geben etwas von Herzen, soweit es ihre finanziellen Verhältnisse gestatten. Die ausgesteuerten und nichtbezugsberechtigten Kollegen erhalten Extragefahrten je nach den Beschlüssen der Kollegen hier, die noch Reiseunterstützungsberechtigten aber müssen mit Bescheidenheit zugunsten der ersten an den Bodensee wandern und mit dem sich begnügen, was ihnen zuteil wird, auch wenn es unter schwierigen Verhältnissen an Extragefahrten einmal nichts ist. In diesem Falle muß schließlich die Reiseunterstützung ausreichen, bis ihr wieder in die Zonen der größeren Druckstädte gelangt, die finanziell besser gestellt und zur Größe ihrer Mitgliederzahl sich mehr an Extragefahrten leisten können.

Diese Mahnworte sollen aber nicht den Zweck haben, die wandernden Kollegen von Besuch und Besichtigung des Bodensees und Umgebung fernzuhalten. Der natürliche, ideale und idyllische Wert dieser Gegend hier muß bei allen Wanderern über dem Anspruch von einer Extragefahrtenunterstützung stehen.

Allerdings auch hier soll gesagt werden, daß der deutsche Staat, seine Regierung und die einzelnen Städte zur Unterstützung der Wanderer etwas beitragen sollten, besonders zur Bereitstellung von Nachtquartieren mit Verpflegung. Denn durch die Wanderung der jungen Menschen erfolgt auch eine Wandlung des Geistes, eine Heimatliebe wird Platz greifen, woraus auch der gesamte Staat seinen Nutzen zieht. Auch den Wanderern gehörte eine kleine staatliche Unterstützung, denn ebensogut könnten diese alle als Arbeitslose ihre Arbeitsunterstützung in irgendeiner Stadt oder Ortschaft beziehen. Unsern Regierungstellen sollte dies zu denken geben.

Konstanz Richard Wagenführer.

Das Buchgewerbe im Ausland

Internationales Buchdruckersekretariat

Aber die Sitzung der Sekretariatskommission am 20. Juli ging uns aus Bern folgender Bericht zu:

Die Kommission nahm mit Befriedigung zur Kenntnis, daß es den Verbänden in Ungarn, Rumänien und Dänemark gelungen ist, ohne offenen Kampf neue Tarifverträge abzuschließen, die teilweise recht schöne Verbesserungen enthalten.

Der Vorstand des polnischen Bucharbeiterverbandes teilte mit, daß es der Sektion Warschau nicht gelungen sei, mit der Gesamtheit der Buchdruckerbesitzer einen neuen Vertrag abzuschließen und daß wegen Differenzen in der Lohnfrage die gleiche Sektion den Streik erklärt habe, der am 5. Juli begonnen hat. Ein Teil der Verleger und Buchdrucker, die den Tarif noch nicht unterzeichnet haben, versucht nun, Arbeiten im Ausland herstellen zu lassen, da dies im Lande mit Erfolg verhindert wird. Der Vorstand des Verbandes richtet deshalb den Appell an alle Verbände, alles zu tun, um Streikarbeit für Warschau in ihrem Gebiete zu verhindern. Die Kommission erklärte sich mit dem vom Sekretär getroffenen Maßnahmen einverstanden.

Der vom Sekretär aufgestellte Vorschlag und der festgesetzte Beitrag für 1926 (gleich wie 1925) sind von den Mitgliedern der Erweiterten Sekretariatskommission unverändert genehmigt worden; die Kommission stimmte dem Entwurf ebenfalls zu.

Es wird eine Sitzung der Erweiterten Sekretariatskommission einberufen auf den 4. September und folgende Lage nach Straßburg. Als vorläufige Tagesordnung wird vorgesehn: 1. Eröffnung; 2. Das Internationale Buchdruckersekretariat und die italienische Kollegenchaft; 3. Der Stand der Offset- und Liederdruckfrage; 4. Die Gegenseitigkeit und die internationalen Beziehungen; 5. Verschiedenes.

Die Einladung des Internationalen Lithographenbundes zu seinem vom 16. bis 18. September nächst in London stattfindenden Kongress wird dankend zur Kenntnis genommen; eine Beschlußfassung betreffend Besichtigung wurde vorläufig verschoben.

Verschiedene Schreiben des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam betreffend Unterstützungsleistung seitens der internationalen Berufsekretariate

wurden zur Kenntnis genommen. Die Frage soll anlässlich der Sitzung der Erweiterten Sekretariatskommission behandelt werden.

Österreich. Der Gewerkschaftskongress vom Jahre 1923 faßte den Beschluß, die kleineren Berufsverbände anzuschließen, sich zu großen Industrieverbänden zusammenzuschließen, um so den immer mächtiger und geschlossener auftretenden Unternehmerorganisationen große, leistungsfähige und schlagfertige Arbeiterorganisationen gegenüberstellen zu können. Mit diesem Beschluß befaßten sich die Generalversammlungen der dem Graphischen Kartell angehörenden drei Berufsverbände, und zwar des Reichsvereins der Buchdrucker- und Zeitungsarbeiter, der Senefelder und der Buchbinder, die zusammen etwa 23 000 Mitglieder zählen. Die Buchdrucker haben auf ihrer Generalversammlung eine Resolution einstimmig angenommen, in der die beiden Kartellorganisationen (Senefelder und Buchbinder) aufgefordert werden, über die Bildung des Industrieverbandes in Beratungen einzugehen; zudem wurde von der österreichischen Gewerkschaftskommission die vollständige Unterstützung bei der Durchführung des Beschlusses des Gewerkschaftskongresses verlangt. Gleich auf der Generalversammlung der Buchdrucker haben die Vertreter der Senefelder und Buchbinder keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie den Industrieverband nicht wünschen; hauptsächlich deswegen, weil sie ihr Eigenleben bedroht fühlen, und die Senefelder erklären außerdem noch, daß in einer Atmosphäre, die durch den Standpunkt der Buchdruckmaschinenmeister geschaffen wurde, die an die Offsetmaschine wollen, es recht nicht möglich sei, an den Industrieverband zu denken, da das Mißtrauen zu groß wäre. Senefelder wie Buchbinder faßten auf ihren Generalversammlungen im Wesen gleiche Resolutionen, an dem weiteren Ausbau des Kartells als den notwendigen Voraussetzungen für die Errichtung eines Industrieverbandes mitzuwirken. Doch ist nach Lage der Dinge nicht anzunehmen, daß der graphische Industrieverband sobald Wirklichkeit wird, wiewohl die Vertreter der Senefelder und Buchbinder auf den Gewerkschaftskongressen für die Schaffung von Industrieverbänden gestimmt haben. — Die neuerkandene teilweise Freizügigkeit durch Öffnung der Grenzen und Wiedereinführung der Reiseunterstützung wirkt sich immer mehr aus. Im Juni waren es schon 150 Arbeitslose, an welchen die Reiseunterstützung ausbezahlt wurde. 25 Tippler waren Mitglieder des österreichischen Reichsvereins und 125 gegenseitiger Vereine, darunter 112 Mitglieder des deutschen Verbandes. — Während sich der Arbeitsmarkt bei den Buchdruckern im Juni durch Urlaubseinstellungen etwas günstiger gestaltete, hat er im Juli wieder eine Verschlechterung erfahren. — Anfang Juli stattete Reichstagspräsident Paul Hesse dem Gesangsverein „Freie Typographia“ im Buchdruckerheim in Wien einen Besuch ab, wo er herzlich begrüßt wurde.

Schweiz. Die Angelegenheit Basel resp. Verwalter Haas gegen Zentralkomitee (siehe „Korr.“ Nr. 59) ist nun durch einen Vergleich erledigt worden, wonach Verwalter Haas nicht mehr auf seinen Posten zurückkehrt und auch auf den ihm von der Sektion Basel gewährten Rechtsschutz für einen Prozeß gegen den Typographenbund verzichtet. Damit ist nun ein arger Zanfappel aus der Welt geschafft und zugleich das „erhebende“ Schauspiel vermieden worden, daß der bürgerliche Richter über Angelegenheiten, die nur die Arbeiter angehen, Recht sprechen muß. — Aus dem Jahresbericht des Typographenbundes für 1925 ist zu er-

„Sein System“

Erinnerungen eines alten Buchdruckers

In den nächsten Monaten sind 50 Jahre verfloßen, seit mir das Schicksal den Winkelhaken zum erstenmal in die Hand drückte. Aberniemand soll diesen für mich denkwürdigen Tag erfahren, nicht einmal meine Kollegen, die um mich sind, weil ich keine Feier wünsche und weil ich von keiner Handwerkerstammer und von keiner Prinzipalität nach einem eingerahmten Dokument trachte. Und wenn mich jemand fragen würde, welches Ereignis im beruflichen Leben in diesen 50 Jahren den größten seelischen Eindruck auf mich gemacht hätte, so würde ich ihm folgende Geschichte erzählen:

Vor etwa 20 Jahren, ich war damals anfangs der 40er und seit fünf Jahren in einer der größten Zeitungsdruckereien (Aktiengesellschaft) Süddeutschlands als Seher beschäftigt, in welcher wohl die meisten Kollegen länger als zwanzig Jahre ihre Kondition innehatten, ein Beweis, daß diese Druckerei eine fogenannte gute war. Da wurde uns eines Tages ein neuer Direktor vorgestellt, und als dieser damals noch junge Herr die vielen alten Leute erblickte, soll er den Wunsch getan haben, daß er mit diesen „alten Köppen“ bald räumen werde. Aber als er sein Vorhaben ausführen wollte, wurde ihm bedeutet, daß er damit wohl eine Palastrevolution hervorrufen würde. Er ging davon ab, kündigte aber nach und nach dem einen und dem andern, das fiel weniger auf.

Durch mich kam man seinem System auf die Spur. Eines Tages wurde ich in sein fürstlich ausgestattetes Direktionszimmer befohlen; hier hielt er in Gegenwart seiner Faktoren eine Ansprache an mich, in der er u. a. ausführte, daß er nun einmal ein „System“ aufgestellt habe, „daß jeder, der das 40. Lebensjahr überschritten und noch nicht zehn Jahre im Geschäft sei, hinausmüsse“. Da er aber erfahren habe, daß ich auch schriftstellerisch für sein Blatt

tätig gewesen sei, mache er bei mir die „übliche“ Ausnahme und kündigt mich persönlich, während er allen andern — etwa ein Duzend — durch seine Faktoren kündigen ließ; werde mir aber das beste Zeugnis ausstellen. In meiner Erregung antwortete ich ihm, allerdings mit dem drastischen Ausdruck, daß es wohl einerlei sei, ob man vom Wirt oder von einem seiner Hausknechte vor die Türe gesetzt werde.

Ich war über diese inhumane Behandlung derart deprimiert, daß ich es nicht übers Herz brachte, meiner Familie diese Tatsache gundacht beizubringen. An einem der letzten Tage vor meinem Weggang ließ ich mich beim Herrn Direktor zu einer Unterredung melden und wurde vorgelassen. Wir waren allein, und ich nahm kein Blatt vor den Mund, um ihm zu sagen, wie niedertätig er durch sein System an mir und meinen Kollegen gehandelt habe. Ich sagte ihm, wie traurig es um die Arbeiterchaft bestellt wäre, wenn alle Brotherrern so schiefel und gemein handeln würden wie er durch sein infernal ausgehecktes System, und es könne doch niemand dafür, wenn ein Mensch älter als 40 Jahre würde, man könne sich doch wegen ihm nicht erhängen oder einen andern Beruf ergreifen. Zornbebend bedeutete er mir jetzt, daß unsre Unterredung zu Ende sei. „Nein“, sagte ich, „sie ist noch nicht zu Ende“, und fuhr fort: „Herr Direktor, Sie sind Mitglied des Vorstandes der hiesigen Prinzipalsvereinigung, und da ist es üblich, daß jeder Buchdrucker, der sein 50jähriges Berufsjubiläum feiert, von jener Seite ein schön eingerahmtes Gedenkblatt erhält, aber auf Grund Ihres Systems mache ich Ihnen den Vorschlag, schicken Sie dem Jubilar jeweils lieber eine seidene Schnur; das hätte dann auch einen Sinn.“

Spätend vor Wit wies er mir die Türe, aber ich reagierte nicht, und ich wäre in diesem Augenblick imstande gewesen, ihm sein Zintenglas an den Kopf zu werfen, wenn er nicht Geduld gehabt hätte, mich noch weiter anzuhören so lange es mir beliebt, und er mußte bei dieser Inquisition noch manches hören, bevor ich ihn verließ.

Ich erhielt wohl wieder Kondition, aber leider wurde ich bald durch ein heftiges Schiasienleiden aufs Krankenlager geworfen. Da bat ich meinen Arzt, er solle mir um Himmelswillen ein Radikalmittel geben, damit ich alsbald wieder meinem Beruf nachkommen könne, denn heute dürfe ein Arbeiter weder krank noch alt werden, wenn er nicht Gefahr laufen will, nach gewissen Systemen nirgends mehr Unterkunft zu finden. Als mich der Arzt fragte, welches System ich meine, erzählte ich ihm dieses Vorkommnis. Tief empört erklärte dieser mir, daß er diesem Herrn sein System schon vertreiben werde, indem er diesen Fall an höchster ministerieller Stelle — durch verwandtschaftliche Beziehungen zum Minister — vorbringen werde, wie man die Arbeiter rücksichtslos aufs Pflaster werfe. Und richtig, es dauerte nicht lange, da zeigte sich schon die Wirkung. Der Herr Direktor verjammelte sein gesamtes technisches Personal, hielt eine große Rede an dasselbe und erklärte, daß er leider einmal ein System aufgestellt habe, das er heute bitter bereue, und zum Zeichen, daß es für immer verworfen werde, stiftete er für wohlthätige Zwecke einige tausend Mark.

Viele Jahre sind inzwischen verstrichen und ich bin jetzt 64 Jahre alt geworden. Vor einiger Zeit rief mich mein jetziger Faktor zu sich und erklärte mir: „Im Auftrage des Chefs, der mit meiner Arbeit im allgemeinen sehr zufrieden sei, habe er mir eine besondere Zulage bewilligt.“ Ich war ob dieser Überaschung so freudig bewegt, daß mir die Tränen in die Augen traten, nicht des Geldes wegen, aber wegen der Anerkennung, die man einem alten Manne zuteil werden ließ.

„Sehen Sie“, sagte der Faktor lachend, als er meine Bewunderung bemerkte, „unser Chef hat doch ein edleres, besseres System als jener Direktor.“ Ich drückte meinem Vorgesetzten stumm die Hand. Aber trotzdem kann ich den Gedanken nicht los werden, daß man die „Alten“ eben nirgends gerne sieht und sich die eingangs erwähnten Betrachtungen rechtfertigen. D.

sehen, daß der Geschäftsgang im allgemeinen ein ordentlicher und die Arbeitslosigkeit daher geringer war. Demgemäß schließen auch die Rassen mit anschließlichen Überschüssen ab. Der Mitgliederstand nahm wieder ordentlich zu und beträgt nun 5097, gegen 4978 im Jahre vorher. Das Vermögen der Allgemeinen Kasse ist im Berichtsjahre um 264 815,98 Fr. angewachsen, was namentlich der um 200 000 Fr. geringeren Ausgabe an Rationierungsunterstützung zuzuschreiben ist. An letzterer waren im Jahre 1925 151 047,50 Fr. zu bezahlen, gegen 352 665,90 Fr. das Jahr vorher. Die Banberlust der Buchdrucker nimmt wieder zu, das beweist, daß das ausgezahlte Stipendium von 300 Fr. auf 1550,50 Fr. gestiegen ist. Auf Verlangen des Bundesamtes für Sozialversicherung mußte die Invalidentasse von der Kranken- und Sterbefasse abgetrennt und auf eigene Füße gestellt werden. Insgesamt wurden 257 610,90 Fr. Invalidentengeld ausbezahlt. Die Zahl der Invaliden hat in den letzten Jahren stark zugenommen; während sie 1920 noch 133 betrug, stand sie Ende des Berichtsjahres auf 232. Eine Zahl, die zu denken gibt. Die ausbezahlten Krankengelder belaufen sich auf 266 786,50 Fr. und die Sterbegelder auf 78 160 Fr. — 61 Kollegen sind im abgelaufenen Jahre zur großen Arme abgerufen worden, worunter wieder 15 durch Erkrankung der Altmungsorgane. Der eiserne Kollege nimmt ununterbrochen zu; seine Zahl betrug Ende 1925 868 Stück, gegen 815 im Jahre 1924.

Jugoslawien. In den Tagen vom 18. bis einschließlich 25. Juli fand in Zagreb der Dritte ordentliche Kongress des Verbandes der jugoslawischen Buchdruckerarbeiter statt. Volle acht Tage hat also diese Tagung beansprucht, obwohl im ganzen bloß 24 Delegierte und der Zentralausschuß den Kongreß bildeten. Außerdem waren nur noch als Gäste einige Vertreter von Gewerkschaften anwesend, dann in Vertretung des Internationalen Buchdruckersekretariats Kollege Moritz Rothstein sowie je ein Vertreter aus Österreich und Ungarn. Der noch junge Verband der SWS-Staaten ist aus serbischen, kroatischen und slowenischen — von den ungarischen Kollegen, die sich akklimatisierten, nicht zu sprechen — Nationalitäten zusammengesetzt, die einander nicht ganz ohne Mißtrauen gegenübersehen. Die sogenannte hohe Politik beeinflusst auch sie, allerdings instinktmäßig, ohne es zu beachten. Darum wurden lange Reden gehalten und deshalb konnte es geschehen, daß es bei der Wahl des Präsidiums, bei Feststellung der Geschäftsordnung usw. langwierige Debatten abspielte und man erst am zweiten Tage der Beratungen zur Tagesordnung übergehen konnte. Auf diese Mängel sei hier nur deshalb verwiesen, weil deren Behebung im Interesse der Sache gelegen wäre. Den Bericht über die Tätigkeit des Zentralausschusses in den letzten zwei Jahren erstattete Sekretär S t a r z, der anderthalb Stunden über die Schwierigkeiten sprach, die zu überwinden waren, um schrittweise vorwärtszukommen, insbesondere wegen des sieben Monate andauernden Belgrader Streiks. Aus dem finanziellen Teil des Berichts entnehmen wir, daß den Einnahmen von 10 047 828 Dinar Ausgaben im Betrage von 9 496 254 Dinar gegenüberstanden und somit ein Überschuß von 551 574 Dinar sich ergab. An Arbeitslosenunterstützung allein wurden 6 454 418 Dinar ausbezahlt. Die Zahl der Mitglieder betrug 4479, der Verbandsbeitrag 42 Dinar pro Mitglied und Woche. Der Bericht wurde mit allen gegen zwei Stimmen zur Kenntnis genommen. Einen breiten Raum in der Debatte nahm die Frage ein, welcher Gewerkschaftszentrale der Verband angehören soll: Amsterdam oder Moskau? Um der letzteren nicht anzugehören — man könnte die Frage auch umgekehrt stellen — beschloß man mit 13 gegen 11 Stimmen, neutral zu bleiben. Hier möchte ich bemerken, daß bei allen wichtigeren Fragen, die durch namentliche Abstimmung entschieden wurden, dieses Stimmenverhältnis resultierte — ein Moment, das davon zeugt, daß in den Reihen der jugoslawischen Buchdrucker zwei Parteien einander gegenübersehen. Bei dem Punkte „Statutenänderung“ war Sekretär J o s t zum Referenten bestellt. Er verwies unter anderem darauf, daß die Arbeitslosenunterstützung 45 Dinar pro Tag 271 Tage hindurch — zu hoch bemessen ist und hier eine Änderung vorgenommen werden muß. Der Kongreß sah dies ein und akzeptierte den Referentenvorschlag, wonach eine Zweiteilung der Unterstützungsstufe erfolgt, indem für die Kranken- und Invalidentasse 12 Dinar pro Woche, für die Arbeitslosenkasse aber 5 Proz. vom Verdienst zu zahlen sein werden. Die Unterstützung wird an Druckorten bis zu 400 Dinar Minimum 30 Dinar pro Tag, bis zu 500 Dinar Minimum 35 Dinar pro Tag und an Orten mit über 500 Dinar Minimum 40 Dinar pro Tag betragen. Eine andre wesentliche Änderung ist, daß in Zukunft der Kongreß bloß alle 3 Jahre stattfinden wird. Die Tariffrage (Referent Kollege J o s t) wurde in geschlossener Sitzung beraten. Bei diesem Punkte wurde eingehend über den erfolglosen Belgrader Streik gesprochen und darüber, ob Tarifgemeinschaft oder keine der einschlagende Weg sein soll. Die Debatte zeitigte zwei Entschlüsse, die aber bloß in der Taktik voneinander abwichen. In Bezug auf die Grundfrage, die Tarifgemeinschaft, waren sich b e t d e, die 13 und die 11, einig. Aus dem übrigen Tagungsordnungsmaterial sei nur noch der Punkt über das Frachtzuschlag herausgegriffen, aus dem hervorgeht, daß sich die Kollegen Jugoslawiens dessen bewußt sind, daß die technische Ausbildung der Jung- und Altbuchdrucker Schritt halten muß mit der übrigen organisatorischen Arbeit, weil anders ein voller Erfolg nicht errungen werden kann. Das hierauf bezügliche ausgezeichnete Referat des Kollegen Heim bach, aus dem wir auch erfahren, daß

es in Belgradeine vom Staate, in Laibach aber eine von Arbeitern und Arbeitgeberern erhaltene Lehrschule gibt, bestätigte das glänzend, und die in Zagreb herausgegebene Zeitschrift „Grafička Revija“ gilt gleichfalls als Beleg hierfür. Alles in allem, wenn auch nicht alles einwandfrei war, hat der Kongreß der jugoslawischen Buchdruckerarbeiter tüchtige Arbeit geleistet — zu Ruhm und Frommen seiner Auftragsgeber, zum Trost seiner wirtschaftlichen Gegner!

Luxemburg. Der im Jahre 1925 abgeschlossene Tarifvertrag sieht vor, daß die Buchdruckerlöhne sich jeweils nach der von der Regierung allmonatlich veröffentlichten Indexziffer richten. Als Basis für die Lohnregelung dient der Durchschnitt der Indexziffern der drei verfloßenen Monate, und zwar gelten die so errechneten Lohnsätze für ein Vierteljahr. Die Berechnung nach der Durchschnittsindexziffer war eingeführt worden, um den Prinzipalen eine gewisse Stabilität in der Druckpreisberechnung zu ermöglichen. Sie bewährte sich gut, solange der Stand des Frankens nur geringen Schwankungen unterworfen war. Der rasche Sturz unserer Währung während der verfloßenen Wochen hatte in bezug auf anstre Lohnsicherung für das dritte Quartal 1926 eine fatale Wirkung. Die Durchschnittsindexziffer entsprach in keiner Hinsicht den gegebenen Teuerungsverhältnissen, denn sie brachte uns — trotz der hohen Indexziffer des Monats Juni — um 1. Juli eine Lohnaufbesserung von nur 10 Fr. pro Woche. Angesichts dieser anomalen Lage richtete der Vorstand des Buchdruckerverbandes an den Prinzipalsverband eine Eingabe mit dem Ersuchen, die Lohnregelung allmonatlich auf der Basis der jeweiligen letzten Indexziffer vorzunehmen. Der wohlbegründeten Eingabe wurde seitens des Prinzipalverbandes stattgegeben, so daß vom 1. August ab die Revision der Löhne jeden Monat erfolgt. Für je zehn Punkte der Indexziffer findet eine Erhöhung oder Ermäßigung der Löhne um 5 Fr. pro Woche statt. Einem weiteren Vorschlag von Gehilfenseite auf Erhöhung der Indexziffern wurde einstweilen nicht stattgegeben. Infolge der Annahme dieses Abkommens werden ab 1. August sämtliche Gehilfenlöhne um 30 Fr. pro Woche erhöht. — Die Arbeitslosigkeit im Buchgewerbe nimmt immer schärfere Formen an. Der Verbandsvorstand sah sich demgemäß veranlaßt, an den Prinzipalsverband heranzutreten, damit angesichts des Überflusses an Gehilfen die Neueinstellung von Lehrlingen einstweilen untersagt werde. Insem Ersuchen wurde insofern stattgegeben, daß heuer die alljährliche Lehrlingsaufnahmepflicht vom Monat Oktober ausfällt und während der Dauer eines Jahres neue Lehrlinge nicht eingestellt werden dürfen. Nach Ablauf dieser Frist werden die beiden Organisationen die Lage prüfen und eventuell die Maßnahmen auf die Dauer eines weiteren Jahres ausdehnen. — Nach den Beschreibungen des schönen Eigenheimes der deutschen Buchdrucker im „Korrespondent“ wird es manche Kollegen interessieren, zu erfahren, daß auch der Luxemburger Buchdruckerverein sich ein solches beschlossenen Verhältnissen entsprechendes Verbandshaus angeschafft hat, einestells um darin sein Bureau, seine Bibliothek usw. unterzubringen, andererseits aber auch um einer eventuellen weiteren Entwertung seines Verbandsvermögens entgegenzuwirken. Der Ankauf wird allgemein als guter Griff angesehen und als ein weiteres Bindglied der Gehilfenschaft gewertet.

Belgien. Wohl wenige der dem Internationalen Buchdruckersekretariat angeschlossenen Organisationen haben seit Abbruch des Krieges größere Anstrengungen gemacht und in organisatorischer Hinsicht schönere Erfolge zu buchen als der belgische Buchdruckerverband. Wer die trostlosen Verhältnisse kannte, wie sie im belgischen Buchgewerbe — mit Ausnahme vielleicht von Brüssel — bis zu Anfang des Krieges herrschten, muß den Verbandsführern Dank wissen für das, was seither geleistet worden ist. Der große Kampf um das Prinzip der Tarifgemeinschaft, der 1925, dank der zähen Ausdauer der Mitglieder und der großzügigen internationalen Unterstützung in moralischer und materieller Hinsicht, zu gutem Ende geführt werden konnte, steht noch in aller Erinnerung. Durchschlagender wäre der Erfolg gewesen, wenn die im sogenannten christlichen Syndikat organisierten Ausbuddelungen nicht so schmählich verlagert hätten. Dieses gelbe Syndikat, das in Antwerpen und in Bruges seine Hauptstützpunkte hat, plant gegenwärtig wieder einen großen Fischzug und sucht mit allen Mitteln, die zum Herbst ausernenden jungen Gehilfen in seine Netze zu locken. Das veranlaßte den Verbandssekretär Theunissen, an leitender Stelle der „Fédération Typographique Belge“, einen Aufruf an die Sektionsvorstände zu richten, worin er darauf hinweist, daß angesichts der Anstrengungen des gelben Syndikats die Ortsgruppenvorstände die strenge Pflicht haben, dafür zu sorgen, daß dem großen Landesverband kein angehender Gehilfe verloren gehe. Flammartige Propaganda, für die der Zentralvorstand das nötige Material zur Verfügung stellt, muß bewirken, daß dem gelben Syndikat nicht nur keine neuen Mitglieder zugeführt werden, sondern daß auch die bis jetzt in den Reihen unserer Gegner organisierten Kollegen zum Landesverband übertreten, damit dieser, der heute ungefähr neunzig Prozent aller Buchdruckergehilfen umfaßt, in Zukunft den idealen Zustand des „einigen Volkes von Brüssel“ verkörpere. — Die Arbeitslosigkeit im belgischen graphischen Gewerbe wird von Tag zu Tag größer. Am den bereits ausgesteuerten Verbandsmitgliedern unter die Arme zu greifen, hat die Sektion Brüssel jetzt Klebmarken im Werte von einem Franken herstellen lassen, die freiwillig von den in Arbeit stehenden Kollegen erworben werden sollen. Der Vorstand hofft, daß jeder Kollege allwöchentlich Abnehmer von wenigstens einer Marke sein werde. — Der

Tarifvertrag sieht vor, daß der 15. August bezahlter Feiertag ist. Da er dieses Jahr auf einen Sonntag fällt, konnten die Arbeiter und die Prinzipalsorganisation sich nicht darüber einigen, ob der Feiertag auf einen andern Tag zu verlegen sei. Das angerufene Schiedsgericht hat seinen Entschluß dahin gefaßt, daß statt des 15. August der 20. Juli als Feiertag zu gelten habe. Alle Arbeiter, auch diejenigen, welche in der Woche vor dem 17. Juli entlassen, sowie diejenigen, welche nach dem 21. Juli eingestellt werden, haben Recht auf einen Feiertag als Kompensation für den 20. Juli. — Gemäß einer im Verbandsorgan veröffentlichten Tabelle betragen die Minimalflöhe für Handseher für die Zeit vom 1. Juli bis zum 1. September in belgischen Franken: In Grammont, Macleyst, Renaix, Roulers, St. Trond, Tongres 150,80; in Dolel, Hasselt, 153,70; in Alost, Arlon, Bruges, Courtrai, Huy, Leffines, Ostende 168; in Malines, Namur, St. Nicolas 171,10; in Louvain, Tournai, Waare 171,20; in Braine-le-Comte 177,30; in Gent, Lüttich 175,70; in Berviers 178,98; in Charleroi, Mons 182,20; in La Louvière 185,45; in Antwerpen 188,70; in Brüssel 215,50. Für Maschinenseher gilt ein Zuschlag von 12 bis 15 Fr. pro Woche auf obige Löhne. Das Verbandsorgan veröffentlicht einen längeren Bericht des Kameraden Theunissen über den Verbandsstag der deutschen Buchdrucker und bringt dazu eine Abbildung des Verbandshauses in Berlin.

Frankreich. Laut Mitteilung des Verbandsorgans „L'Imprimerie française“ ist die Mitgliedszahl des französischen Bucharbeiterverbandes seit den letzten Wahlen zum Zentralvorstand um 16 Proz. gestiegen. Aus diesem Grunde und infolge Demission einiger Mitglieder werden nun Ergänzungswahlen ausgeschrieben. Die französische Organisation hat bekanntlich den Industrieverband im graphischen Gewerbe realisiert, und der Zentralvorstand wird sich künftig folgendermaßen zusammensetzen: 16 Hand- oder Maschinenseher, 4 Drucker, 2 Lithographen, ein Vertreter der andern Gruppen (Korrektoren, Schriftgießer, Klebseure usw.). Um wählbar zu sein, muß man wenigstens fünf Jahre dem Verbands angehören und im Beruf tätig sein. — Laut Mitteilung des Zentralvorstandes beträgt ab 1. Juli der Wochenbeitrag für Vollmitglieder 1,55 Fr., für die in der Papierindustrie beschäftigten Frauen und für die Lehrlinge 0,80 Fr. — Genau wie in andern Ländern zur Zeit der Inflation, sind gegenwärtig in Frankreich die Lohnbewegungen und deren Folge, die Teufelskurse, an der Tagesordnung. In Ermanglung einer allgemeinen Lohnregelung gemäß der jeweiligen Indexziffer sind immer wieder neue Anstrengungen nötig, um die Löhne mit den Teuerungsverhältnissen in Einklang zu bringen. Die Sektion Nantes teilt mit, daß die Lage wieder normal zu werden beginnt. Die Opfer des letzten Ausstandes sind beinahe alle wieder untergebracht. St. Nazaire hat einen Vertrag mit den Prinzipalen abgeschlossen auf der Basis desjenigen von Nantes. Nancy, hat nach kurzem Teilstreit eine Aufbesserung von 3 Fr. täglich erhalten; der Minimallohn stellt sich jetzt auf 30 Fr. pro Tag. Toulouse hat eine Regelung seiner Löhne auf Grund der Indexziffer durchgesetzt. Für je 16 Punkte Schwankungen in der Indexziffer beträgt die Lohnhöfierung 1 Fr. täglich für die männlichen Mitglieder, 35 Centimes für die in der Papierfabrikation beschäftigten Frauen. Die Arbeitszeit für Zeitungs- und Maschinenseher ist 6 1/2 Stunden, für Werkmaschinenseher 7 Stunden bei durchgehender Arbeitsweise, 8 Stunden in geteilter Schicht. — Die Minimalflöhe betragen: In Caen 25,80 Fr., in Kort 25 Fr., in Stamps 36,80 Fr., in Bannes 25 Fr., in Corbeil 27,20 Fr., in Soissons 32 Fr. — Die Sektion Alger, die in Verfall geraten war, hat sich neu konstituiert. — Aus den Versammlungsberichten im Verbandsorgan geht hervor, daß man fleißig an der Arbeit ist zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie auch zur Schaffung von lokalen Unterstiftungseinrichtungen für die verschiedenen Wechselfälle des Lebens, die seitens des französischen Verbandes noch nicht so ausgebaut sind wie in vielen andern europäischen Buchdruckerorganisationen.

Amerika. Einer Urabstimmung zufolge erscheint die „Buchdrucker-Zeitung“, das offizielle Organ der Deutsch-Amerikanischen Typographia, künftig nur einmal im Monat. Wie die Redaktion dem dadurch entstehenden Raumangel abzuhelfen versucht, ist recht interessant und lehrreich zugleich auch für viele Kollegen hierzulande, die durch ihre Funktionen dann und wann genötigt sind, einen Bericht für ihr gewerkschaftliches Organ zu schreiben. Die Redaktion sagt u. a.: „In erster Linie soll die Buchdrucker-Zeitung dazu dienen, die Vorkommnisse in den verschiedenen Typographias der gesamten Mitgliedschaft zur Kenntnis zu bringen. Dies geschieht hauptsächlich durch die Berichte der einzelnen Typographias. Wenn nun keine besonderen Abweichungen von der Regel eintreten, so kann wohl angenommen werden, daß der Präsident die Versammlung eröffnete, das Protokoll verlesen und angenommen, und wenn die Geschäfte erledigt, die Versammlung vertagt wurde — sollte also nicht besonders erwähnt werden. Was die Kollegen besonders interessiert und deshalb gebracht werden sollte, sind außergewöhnliche Vorkommnisse und Beschlüsse der einzelnen Typographias, Tarifänderungen und sonstige nicht zur Routine gehörigen Ereignisse in unserm Gewerbe und der Arbeiterbewegung und politischen Welt. Aber alle Typographias sollten so oft wie möglich kurz gefaßte Berichte bringen, damit die Buchdrucker-Zeitung das Bindeglied bleibt, zu dem sie geschaffen wurde.“ Ob dem Wunsch der Redaktion auch entsprochen wurde, kann immerhin bezweifelt werden. Typographia 1 berichtet zum Beispiel als außerordentliches Vorkommnis:

„Dann folgte eine Reihe von Resignationen: Vizepräsident H. dankte ab und wurde G. B. an seiner Stelle ernannt. Da der Finanzsekretär nicht willens ist, sich mit Leuten herumzukreuzen, die ihn einen Dieb und Straßenträber usw. nennen, nur weil er seine Pflicht tat, als er im Februar die Beiträge im Tageblatt-Gesapel einzufahren wollte, so legte derselbe seine Stelle nieder. An seine Stelle wurde Kollege K. gewählt. Ebenso legte der Verwalter seine Stelle nieder und wurde Kollege M. als neuer Verwalter eingesetzt.“ Typographia 3 berichtet folgendes Vorkommnis, das auch uns nicht unbekannt klingt: „Konrad Bender konnte trotz wiederholter Besuche nie zu Hause gefunden werden. Sollte das neue Krankentomitee dieselbe Erfahrung machen, wird der Verwalter angewiesen, einen eingeschriebenen Brief an genannten Kollegen zu senden.“ Daß wir nicht nur eine Lehre ziehen können aus dem Wunsch der Redaktion der „B. Z.“, sondern daß wir auch von den dortigen Kollegen noch lernen können, dafür scheint der Bericht der Typographia 9 zu sprechen, in dem ausgesprochen wird: „Man hat festgestellt, daß ein mangelhafter Wille einen schlechten Versammlungsbesuch zeitigen würde, der irrtz Zeit ganz gewaltig; denn schon vor Beginn der festgesetzten Zeit war eine ganze Schar Kollegen besämann und barrie der Eröffnung.“ Das ist doch gewiß ein bemerkenswertes Vorkommnis, von dem wir hoffen, daß es recht bald auch von unsern Versammlungen berichtet werden kann.

Deutscher Krankentag

Auf dem 30. Deutschen Krankentag des Hauptverbandes Deutscher Krankentassen e. V., der am 25. Juli in Düsseldorf eröffnet wurde, waren 621 Unternehmervertreter, 893 Vertreter der Versicherer, 641 Angestellte der Krankentassen und 107 Ehrengäste, im ganzen 2162 Teilnehmer, anwesend. Bei der 13. Jahresversammlung, die ebenfalls in Düsseldorf stattfand, waren 155 Kassen mit 330 Teilnehmern anwesend. Die Tagung hinterließ einen gewaltigen Eindruck. Das weite Rund des Planetariums war bis auf den letzten Platz ausgefüllt.

In seiner Eröffnungsrede gab der Vorsitzende, Stadtrat Ahrens (Berlin), einen Überblick über den jetzigen Stand der Krankenversicherung. Die Reichsgesundheitswoche sei auf Anregung des Hauptverbandes veranstaltet worden. Ein schweres Problem für die Kassen sei die Zunahme der Durchschnittskrankheitsdauer, die eine Folge des Krieges und der Arbeitslosigkeit sei, wodurch eine Steigerung der Ausgaben der Kassen erfolgt. Leider habe der Gesetzgeber bisher den Krankentassen nicht das gegeben, was sie fordern müßten. Eine Herabsetzung der Rassenbeiträge sei unmöglich. Unmöglich sei aber auch ein Abbau der Sozialversicherung, wie er in einer Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie gefordert werde.

Der geschäftsführende Vorsitzende Lesmann, der nach den Begrüßungsansprachen, an denen sich ein Vertreter der Stadt Düsseldorf, Vertreter des Reiches und verschiedener Landesregierungen, des Reichstags und der Behörden beteiligten, alsdann das Wort zum Geschäftsbericht erhielt, wies besonders darauf hin, daß von 11,6 Millionen Versicherten der Ortskrankentassen 10,25 Millionen im Hauptverband zusammengefaßt sind. Auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge habe der Hauptverband Hervorragendes geleistet. Der Berichterstatter betonte, daß der Kampf mit den Ärzten, die auch unter sich einen Konkurrenzkampf führten, weiter gehe. 1885 gab es in Deutschland 15 000 Ärzte. Heute sind es 42 000, von denen nur ein kleiner Bruchteil außerhalb der Kassen tätig sei. Der Beschluß des Preussischen Landtags, den 20prozentigen Rabattabschluß von der Arztgebührenordnung aufzuheben, bringe den Kassen eine Erhöhung ihrer Ausgaben mit jährlich etwa 50 Millionen Reichsmark. Die Ausgestaltung der Wochenhilfe bedeute eine Belastung, die aber von den Kassen im Interesse der Volksgesundheit hingenommen werden muß. — Der Bericht wurde ohne Ausprüche entgegengenommen und dem Vorstand Entlastung erteilt.

Aber das Thema „Gesundheitsfürsorge durch Arbeitsgemeinschaften der Sozialversicherungsträger“ sprach Oberregierungsrat Anger (Berlin). Er unterstrich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der verschiedenen Träger der Sozialversicherung. Die aus dieser Erkenntnis heraus bei vielen Versicherungsanstalten entstandenen Arbeitsgemeinschaften zwischen den Organisationen der Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherungen haben praktische Erfolge gehabt. Auch die zwischen den einzelnen Sozialversicherungsträgern getätigten Abkommen ermöglichen ein reibungsloses Arbeiten, was im Interesse der Versicherten nur zu begrüßen sei.

Professor Klein (Zena) sprach über das Naturheilverfahren im Dienste der Krankenversicherung. Wenn auch die Befandlung der Versicherten nur durch das Naturheilverfahren nicht zu erreichen sei, so müsse doch gefordert werden, daß auch den Naturärzten die Zulassung zur Rassenpraxis ermöglicht werde.

Aber das Frühheilverfahren in der Unfallversicherung sprach Verwaltungsdirektor Köhn (Berlin). Durch das Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung vom 11. Juli 1925 ist dem Frühheilverfahren eine größere Bedeutung als früher eingeräumt. Die Zuständigkeit der Berufsgenossenschaften und der Krankentassen greifen hier ineinander und sind durch ein gegenseitiges Abkommen abgegrenzt und festgelegt.

Am andern Tage wies Ministerialdirektor Grieser vom Reichsarbeitsministerium in seinem Referat über die

„Internationale Sozialversicherung“ auf die große Bedeutung des Internationalen Arbeitsamtes hin. Auf der letzten Arbeitstafelung habe man sich entschieden, bei der Beurteilung von Berufskrankheiten den Kreis der Betriebe weiterzugehen. Über die Grundprobleme der internationalen Sozialversicherung seien sich alle Mitglieder einig gewesen. Die soziale Lage habe sich in der ganzen Welt verschärft. Wenn die Weltwirtschaft wieder in geordneten Bahnen laufen solle, dann müsse erst die soziale Lage der Arbeiterklasse gebessert werden, und wenn im nächsten Jahre auf der Arbeitstafelung über die Arbeiterversicherung verhandelt werde, dann müßte die Arbeiterschaft der ganzen Welt vertreten sein.

Als Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes machte Dr. Stein zu diesem mit großem Beifall aufgenommenen Referat noch Ergänzungen.

Dann sprach Professor Dr. Schömann (Düsseldorf) über „Kinderfürsorge unter Mithilfe der Krankentassen“. Eine solche Fürsorge müsse gesetzlich geregelt sein. Mit der Kinderfürsorge eng verbunden seien Wächterdienst und Familienfürsorge. Auch die Kinder der Mitglieder hätten Anspruch auf Krankenhausbekämpfung. Dafür zu sorgen sei Sache der Gemeinden. Der Redner nahm dann Stellung gegen die Stadt Düsseldorf, die für Krankentausaufenthalt nicht nur von einem Erwachsenen, sondern auch von einem Kinde 5 M. pro Tag verlange. Das sei ein skandalöser Zustand, der nicht länger gebudelt werden dürfte. Die Krankentassen hätten die Pflicht, dagegen anzukämpfen. Der Redner wies dann noch darauf hin, daß das Wohnungselend keine Folge der Vorkriegszeit sei, sondern auf die öffentliche Indifferenz in der Vorkriegszeit zurückzuführen sei. Wer das Gegenteil behauptet, täusche die Öffentlichkeit.

Aber die „Organisation der Kinderfürsorge“ sprach Verwaltungsdirektor Strübig (Hamburg), der verlangte, daß man sich frühzeitig genug für die Jugendlichen einsehen müßte. Vorwegende Tätigkeit sei das Wichtigste. Man müsse sofort zugreifen mit der Kinderfürsorge, bevor es zu spät ist. Vor allen Dingen müssen mit staatlichen und kommunalen Behörden Arbeitsgemeinschaften gebildet werden, die die Pflicht hätten, die Kinderfürsorge zur Durchführung zu bringen.

Korrespondenzen

Berlin. (Korrektoren.) Am 11. Juli fand die Halbjahrsversammlung des Berliner Korrektorenvereins statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung machte der Vorsitzende Mitteilung von dem Ableben unfres Kollege Cippaloff, eines Kollegen, der sich mit seinen reichen Kenntnissen stets der Organisation und der Sparte zur Verfügung stellte. Die Anwesenden hatten sich zu Ehren des Verstorbenen von den Plätzen erhoben. — Nach der Aufnahme von drei neuen Mitgliedern erstattete der Vorsitzende den Bericht über den Korrektorentag, anschließend daran Kollege Oberbecker den Bericht über den Verbandstag. An der Ausprache beteiligten sich sechs Kollegen, die zum Teil scharfe Kritik an einzelnen Punkten übten. Nach dem Schlußwort der Referenten wurde folgender Antrag gegen eine Stimme angenommen: „Die am 11. Juli abgehaltene Halbjahrsversammlung des Berliner Korrektorenvereins spricht den Delegierten zum Korrektorentag und dem Kollegen Oberbecker als Spartenbeauftragten zum Verbandstag ihren Dank für die geleistete Arbeit aus und erklärt sich mit den getroffenen Anordnungen einverstanden.“ — Hierauf gab der Kassenvorstand, Kollege Pflüger, den Kassensbericht und die Prüfer den Prüfungsbericht. Nachdem noch der Spartenvertreter im Gauverband, Kollege Stübinger, über den Arbeitsmarkt berichtet, kamen einige Vereinsangelegenheiten zur Sprache. Besucht war die Versammlung von 54 Kollegen.

Bunzlau. In der Monatsversammlung am 17. Juli erfolgte eine Renauaufnahme. Der Kassierer erstattete den Kassensbericht und gab die Abrechnung über das Johannistfest und die Feier des 60jährigen Verbandsjubiläum, die in wohlgeleiteter Weise durch einen Kommerz begangen wurde. Bezirksvorsitzender Scholz (Liegnitz) erstattete hierauf den Bericht vom Verbandstage. In der anschließenden Debatte wurde u. a. die ungenügende Erhöhung der Invalidenunterstützung einer harten Kritik unterzogen. Die Kollegen waren der Meinung, daß der Provinz nur durch die Zentrale geholfen werden kann, weil sich die kleineren Mitgliedschaften keine Zusätzlichen leisten können. Eine im Sinne der Diskussion gehaltene Entschließung an den Verbandsvorstand wurde angenommen. — Anträge zur demnächst stattfindenden Bezirksversammlung wurden nicht gestellt, da das Statuten derselben erst in der Versammlung bekannt wurde.

Düsseldorf. Nach langer Unterbrechung fand am 18. Juli wieder einmal in dem kleinen Rudolph Benrath eine Bezirksversammlung statt. Der Vorsitzende gedachte des verstorbenen Kollegen Pfaffmann, seine besonderen Verdienste hervorhebend, und die Versammlung ehrte ihn in üblicher Weise. Besonderes Interesse rief die Mitteilung hervor, daß nach in letzter Woche mit dem westdeutschen Handwerksammern gepflogenen Verhandlungen nun auch hier die Befristungsordnung mit dem 1. Oktober d. J. zur Einführung gelangt. Kollege W. Graf berichtete über den Verbandstag. Er ließ die wichtigsten Ereignisse und Beschlüsse des diesmaligen Verbandstages noch einmal Revue passieren. Die Versammelten nahmen die Berichtserstattung beifällig auf, eine Aussprache hierüber fand nicht statt. Für den am 12. und 13. September in Koblenz stattfindenden Gau-tag, zu dem der Bezirk neun Delegierte zu stellen hat, wurden 14 Kollegen als Kandidaten aufgestellt. Mit der Aufnahme einiger Kollegen fand die Versammlung ihr Ende. Das Johannistfest fand am 10. Juli in Düsseldorf größtem Saal, dem Kaiseraal der „Tonhalle“, statt. Es war in diesem Jahr von ganz besonderer Bedeutung, denn zu gleicher Zeit tagte im Nebensaal eine mehr

als tausendköpfige Schar von Jugendlichen der vier graphischen Verbände aus dem Gauegebiet, zumeist Jungbuchdrucker, die zum rheinisch-westfälischen Gewerkschaftsjugendtag hierher gekommen waren und nun aus dem Munde der vier Vorsitzenden der graphischen Verbände Ausprachen hörten, die sie zu ungestüme Begeisterung hinführten. So war es nicht verwunderlich, daß man auf dem Johannistfest viele Kollegen aus dem Gau zählen konnte, die die Jugend hierher geführt hatten. Auch aus einem andern Grunde hatte das Johannistfest in diesem Jahre noch eine besondere Bedeutung, denn nicht weniger als 18 Kollegen konnten wiederum als Verbandsjubilare geehrt werden, es wurden denselben Gedenkblätter überreicht. Nach dieser Ehrung durch den Bezirksvorsitzenden Schindeldeder ergriff der Kollege J. Seib das Wort, um die Festversammlung im Namen des Verbandsvorstandes und des ganzen Verbandes zu begrüßen. Der künstlerische Teil des Festes bot ausserordentliche Genüsse, wirkte neben dem Kollegengelage auch noch ein zweiter Arbeitergelangverein mit. Das diesjährige Johannistfest wird noch lange in Erinnerung bleiben.

Rhein. (Bereinigung der Stereotypenreue, Galvanoplastiker und Schriftgießer im Gau Rheinland und Westfalen.) Am 11. Juli fand unsere außerordentliche Gauversammlung in Düsseldorf statt. Im Vorbergrunde stand der Bericht vom 8. Kongreß der Stereotypenreue und Galvanoplastiker, der vom Kollegen H. H. H. erstattet wurde. Zusammenfassend schilderte der Redner den Verlauf der Tagung. Längere Debatten riefen die Zulassung des zweiten Delegierten, die Befristungsfrage sowie die Protokollerklärung zu § 32 hervor. Sämtliche Anträge wurden zur besseren Bearbeitung einer Kommission überwiegen und alsdann vom Kongresse gutgeheißen. Der Zentralbeitrag beträgt ab 1. Juli für sämtliche Gawe 20 Pf. Die lebhafteste Diskussion zeigte, mit welchem großen Interesse die Versammlung den Ausführungen des Redners gefolgt war. In seinem Schlußwort ging der Redner dann noch näher auf die einzelnen Anfragen ein. Folgender Antrag fand einstimmige Annahme: „Für Kranke und konditionslose Mitglieder, die länger als vier Wochen konditionslos sind, zahlt den Zentralbeitrag die Bezirkskasse.“ Mit einem Hoch auf Verband und Sparte schloß der Vorsitzende die Versammlung. Den Abschluß der Tagung bildete eine gemeinsame Besichtigung der Geselei, die alle Kollegen hoch befriedigt hat.

Liegnitz. Eine besondere Beranlassung war es, die die Mitglieder der Liegnitzer „Typographia“ und ihre Gäste am 10. Juli zu einer recht würdigen Feier im „Schießhaus“ vereinigte: Das 60jährige Jubiläum des Verbands der Deutschen Buchdrucker. Dem von Fräulein Johanna H. I. E. gesprochenen, vom Kollegen Otto Meyer verfassten Protokoll gingen Vorträge von Mitgliedern des Städtischen Orchesters voraus. Der unter Leitung von Kapellmeister Hoffmann stehende Gesangverein „Gutenberg“ zeigte sich am Festabend auf bemerkenswerter Höhe. Den Höhepunkt des Abends bildete der mit Orchesterbegleitung vorgetragene Männershor „Landerkennung“ von Grieg, der, auf allgemeines stürmisches Verlangen wiederholt wurde. Inmitten der Festfeier standen die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der „Typographia“, Emil Scholz, und die Festrede des stellvertretenden Gauvorsitzers B. B. B. (Breslau). In großen Zügen ging letzterer auf die Gründung des deutschen Buchdruckerverbandes ein, die vor 60 Jahren von 34 Mitgliedern in Leipzig erfolgte. Zu den Aufgaben des nun über 80 000 Mitglieder zählenden Verbandes gehört auch die Unterstützung in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit und Invalidität. So wurden in den 60 Jahren über 90 Millionen Mark Unterstützungsgelder ausgezahlt; die durch besondere Sammlungen aufgebracht Summen sind hierbei gar nicht mitgerechnet. Der Marsch „In Treue fest“ bildete den Abschluß des sogenannten offiziellen Teiles. Es folgte der Festball. Um 12 Uhr fand ein Fackelzug durch den Schießhausgarten statt. Durch einen Ausflug nach Boberau am Sonntagmorgens wurde das mit der Jubelfeier des Verbandes verbundene Johannistfest der Liegnitzer „Typographia“ begangen. In dem hübschen Garten „Zur grünen Aue“ wurden unter Kapellmeister Hoffmanns Leitung sehr ansprechende Männerschor geboten, für die alle Zuhörer sich dankbar erwiesen. Ein vom Kollegen Rudolf Müller verfasstes humorvolles allgemeines Lied verhönte auch diesen Nachmittags.

Wittenburg. Ein Bezirksjohannistfest, verbunden mit dem 60jährigen Jubiläum des Verbands der Deutschen Buchdrucker am 11. Juli, zahlreich waren die Kollegen mit ihren Familienangehörigen aus allen Orten erschienen. Vom Gauverband nahm Kollege Pfingsten an der Feier teil. Eine Bezirksversammlung am Morgen ging der Hauptfeier voraus. Nach den Begrüßungsworten des Vorsitzenden W. I. E. brachte der „Volkshörner“ (Wittenburg) die beiden wichtigen Freisprechere „Lord Folsen“ und „Unser Lied“ sehr eindrucksvoll zu Gehör. Das Referat über den Verbandstag gab der Vorsitzende. Eingehend erläuterte er die wichtigsten Beschlüsse der Tagung, wie Unterstützungserhöhung, Verbandshaus, Überstundenunwesen usw. Kollege Pfingsten ergänzte den Bericht und verbreitete sich besonders über die Auskunftsbeihilfen bei Konditionsannahme mit den eventuellen Strafen. Die Aussprache über das Gehörte war nur schwach. Es erweckte den Anschein, als ob die bevorstehende Feier die Gemüter milder stimmte. Bedinglich die bisherige Auskunftsbeihilfe wurde bemängelt, die anschließend darauf hinzielen, den Zugang von Provinzkollegen zur Großstadt zu verhindern. Im Schlußwort widerlegte Kollege Pfingsten an Hand seiner eignen Erfahrung die Fügkeit einer solchen Auffassung. Nach Erledigung des Kassensberichts wurde als Dr. der nächsten Versammlung Harburg bestimmt. Der Nachmittag wurde ausgefüllt mit einem Konzert, bestehend aus Festrede, Gesangsvorträgen und rhythmischen Tänzen. Im Mittelpunkt stand natürlich die Festrede des Gauvorsitzers Pfingsten. Er gab allen Anwesenden einen tiefen Einblick in die Entwicklungsgeschichte unfres Verbandes. Besonders hob er an Hand eines reichen Zahlenmaterials die Leistungen für Unterfütungen hervor. Mit einem dreifachen Hoch auf den Verband schloß er seine Rede. Den Schluß der Feier füllte ein Festball aus.

Magdeburg. Ihre Versammlung am 2. Juli ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung einen Verstorbenen in üblicher Weise. Unter „Geschäftlichem“ berichtete der Vorsitzende über eine stattgefundene Schiedsamtssitzung. Es handelte sich hier um häufiges Aussehen bei Stromsperrung. Ein Urteil kam nicht zustande, die Angelegenheit wurde an das Reichsschiedsamt verwiesen. Die Versammlung beschloß, das Stiftungsfest schon im August zu feiern, um ihm dann die Form eines Jubiläumstages zu geben. Einstimmig wurde beschlossen, den Ortsvereinsbeitrag um 10 Pf. pro Woche zu erhöhen, um die durchreisenden bezugsberechtigten, nichtbezugsberechtigten und ausgeleiterten Kollegen wirksamer als bisher unterstützen zu können. Einen breiten Raum nahm die Wahl des ersten Vorsitzenden ein und wurde der Kollege Walter Weigelt als solcher gewählt. Für den scheidenden ersten Vorsitzenden Kollegen August Stemmann fand der Kollege P. Fischer warme Worte des Abschieds. Über den Verlauf des Verbandstages berichteten die Kollegen Kühnast und P. Fischer. Ersterer Kollege berichtete über den ideellen, letzterer über den materiellen Teil. Trodem der „Korr.“ bereits ausgiebig darüber berichtet hatte, fanden die Redner durch einen kurzen Vortrag, durch Einschaltung mancher interessanter Momente sehr aufmerksame Zuhörer. In der Diskussion wurde folgender Antrag mit großer Mehrheit angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung einverstanden.“ Im Schlusswort streifte Kollege P. Fischer die im Laufe der Debatte sich ergebenden kritischen Punkte, gab Auskunft über einige unrichtige Auffassungen und ging näher auf die Minorität und auf die Frage des Industrieverbandes ein. Damit die Mitglieder sich ein genaues Bild von dem Stande der Ortskasse machen konnten, hatte der Vorstand auf den „Mitteilungen“ die Abrechnung des ersten Quartals gedruckt vorgelegt. Aus diesen Gegenüberstellungen konnten die Kollegen ersehen, daß sich die Einnahmen vom ersten Quartal 1913 bis erstes Quartal 1926 verdoppelt haben.

Neustadt a. d. S. Ortsvereinsversammlung am 10. Juli. Trotz der wichtigen Tagesordnung konnte der Vorsitzende nur 19 Neustädter, 4 Dürkheimer und den Kollegen Casper (Ludwigshafen) begrüßen. In gebührender Weise rügte Kollege K. Reinwald die Ineressiertheit vieler Kollegen am gemeinschaftlichen Leben. Nach Erledigung einiger Tagesordnungspunkte gab Kollege Casper (Ludwigshafen) einen Bericht vom 13. Verbandstag, welcher von allen Kollegen beifällig aufgenommen wurde. Die anschließende Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft. Im großen und ganzen wurden die Beschlüsse des Verbandstages für gut befunden. Scharfe Kritik übten einige Kollegen an der Haltung des Verbandsvorstandes und einiger Delegierter gegenüber der Handwerksparte. Die Kollegen hätten es lieber gesehen, wenn alle Spartenvereinigungen aufgelöst und dem Bildungsverband angegliedert worden wären. Kollege Casper gab in seinem Schlusswort den Diskussionsrednern sachliche Auskunft. Kollege Reinwald richtete dann noch an alle Kollegen einen warmen Appell, gerade in heutiger Zeit mehr an den organisatorischen Fragen Anteil zu nehmen.

Dörschach a. M. (Bezirk.) Am Montag, dem 20. Juli, tagte eine Bezirksversammlung, die sich in der Hauptplache mit dem Bericht des Kollegen G. W. (Hannau) von der Verbandstagung befaßte. In anschaulicher Weise ließ Redner die einzelnen Tagesordnungspunkte unseres Parlaments vorüberziehen, jeden einzelnen einer kritischen Würdigung unterwerfend. Eine Ausprache knüpfte sich an den Bericht nicht, was dem Vorsitzenden P. Fischer Veranlassung gab, zu konstatieren, daß man mit den gefassten Beschlüssen einverstanden sei.

Donaubridl. Am 11. Juli feierten wir bei starker Beteiligung der Kollegen unser Bezirksjubiläum, verbunden mit dem 60-jährigen Jubiläum des Verbandes. In der Aula des Rathauses fand am Vormittag eine ernste Feier statt. Vertreter der Presse sowie des ADGB waren anwesend. Den musikalischen und gesanglichen Teil bestritten ein vorzügliches Orchester bzw. unsere „Hypographia“. Kollege K. R. (Köln) in bekannt künstlerischer Weise den Festprolog. Im Mittelpunkt stand die Festrede unseres Bezirksvorsitzenden H. R. (Luzern). Nach dem Festakt versammelten sich die Kollegen im „Gewerkschaftshaus“, um u. a. den Bericht des Vorsitzenden vom Verbandstag entgegenzunehmen. Die Versammlung erklärte ihre einstimmige Zustimmung zu den in Berlin gefassten Beschlüssen. Am Nachmittag fanden sich die Jünger Gutenbergs mit ihren Familien wiederum zusammen. Bei Musik, Gesang und sonstigen Unterhaltungen verrannen die Stunden allzu schnell. Ein Festball, verbunden mit humoristischen Vorträgen, beschloß den gut verlaufenen Tag.

Rosenheim. Zur Bezirksfestversammlung am 18. Juli in Miesbach hatten sich sehr viele Kollegen unseres weitgelegenen aber landschaftlich einzig schönen Bezirks sowie Kollegen von München, Mühldorf und Keutzing zusammengefunden. Damit verbunden war ein am Vortage stattgefundener Festabend mit Jubiläum und Verbandsfest, zu dessen gutem Gelingen die Miesbacher Kollegen ihr Möglichstes getan haben. Den großzügigen Ausflügen des Gauverwalters Kollegen Strauß (München) an beiden Tagen wurde dankender Beifall gezollt und dadurch zum Ausdruck gebracht, daß die Bezirksversammlung mit dem Verlauf des Verbandstages und Gantags zufrieden ist und daß sie als kleines Glied der Organisation gewillt sei, einmütig mitzuwirken an den Verbandsaufgaben. Neue Mitglieder konnten unseren Reihen zugeführt werden. — Ein Ausflug nach dem idyllischen gelegenen Schliersee beendigte die von echt kollegialem Geiste getragenen Veranstaltungen, deren sich wohl jeder Kollege gern erinnern wird.

Witt (Ostpr.). Anlässlich des 60-jährigen Verbandsjubiläum versammelte sich der Ortsverein zu einer Festigung, welche von einer stattlichen Anzahl Kollegen besucht war. Der Vorsitzende S. G. begrüßte die erschienenen Kollegen sowie die geladenen Gäste und wies in kurzen markigen Worten auf die Feier hin, indem er die Verdienste des Verbandes zum Wohle der Kollegen hervorhob und zum Schluß betonte, daß wir stolz sein können, einer solchen festgelegten Organisation als Mit-

glieder anzugehören. Der Männerchor der Gesangsabteilung vom Verein „Gutenberg“ sang hierauf die „Gutenberghymne“. Der Vorsitzende erteilte alsdann dem zweiten Vorsitzenden J. K. u. b. das Wort zum Festvortrag. In einem gutdurchdachten Vortrag schilderte Redner die Geschichte des Verbandes, seine vortrefflichen Ausführungen mit einem Hoch auf den Verband abschließend. Von den Buchbindern übermittelte Herr S. e. d. a., vom Gewerkschaftsrat Kollege Jakubeit die Glückwünsche. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, immer treu zum Verband zu halten, und forderte besonders die jüngere Generation auf, den alten Kämpen nachzusehen, damit auch für fernere Zeiten der Verband ein geschlossenes Ganzes sein möge. Der Männerchor sang das Gutenberglied: „Der beste Berg“, womit der offizielle Teil seine Erledigung fand. Der anschließende gemüßliche Teil wurde durch einige Volkstücker eingeleitet und hielt bei abwechselndem Chor- und Einzelgesängen die Anwesenden in guter Stimmung noch längere Zeit zusammen.

Allgemeine Rundschau

Verlängerung des Lohntarifs im Buchdruckgewerbe. Von der am 9. August d. J. zulässigen Kündigung des am 30. März d. J. bis zum 10. September d. J. verlängerten Lohntarifs vom 4. Juli 1925 haben die beiderseitigen Tarifparteien im Buchdruckgewerbe keinen Gebrauch gemacht. Infolgedessen verlängert sich die Gültigkeitsdauer des bestehenden Lohntarifs laut Vereinbarung der Tariforganisationen vom 30. März dieses Jahres bis zum 28. Januar 1927.

Tariffähiger Mindestlohn für Gesellen und Kostgeld für Lehrlinge im deutschen Buchdruckgewerbe.

(Allgemeinverbindlicherklärung am 1. Juli 1925.)

Orts- gruppe	Orts- gruppe	Lohnklasse				Kostgeld für Lehrlinge			
		A Orts- gruppe in der Jahre 21 Jahre	B Orts- gruppe in der Jahre 21 Jahre	C Orts- gruppe in der Jahre 21 Jahre	D Orts- gruppe in der Jahre 21 Jahre	im ersten Jahre	im zweiten Jahre	im dritten Jahre	im vierten Jahre
0/1	2/3	26,88	32,40	35,52	38,40	5,84	7,68	11,52	15,36
2/3	4/5	27,55	33,46	36,41	39,36	5,94	7,87	11,81	15,74
4/5	6/7	28,22	34,27	37,30	40,52	6,03	8,06	12,10	16,15
6/7	8/9	28,90	34,99	38,19	41,38	6,13	8,26	12,38	16,51
8/9	10/11	29,57	35,90	39,07	42,24	6,22	8,45	12,67	16,90
10/11	12/13	30,24	36,72	39,96	43,20	6,32	8,64	12,96	17,28
12/13	14/15	30,91	37,54	40,85	44,16	6,42	8,83	13,25	17,66
14/15	16/17	31,58	38,35	41,74	45,12	6,51	9,02	13,54	18,05
16/17	18/19	32,26	39,17	42,62	46,08	6,61	9,22	13,82	18,43
18/19	20/21	32,93	39,98	43,51	47,04	6,70	9,41	14,11	18,82
20/21	22/23	33,60	40,80	44,40	48,00	6,80	9,60	14,40	19,20

Verrechnungsausschlag: 52 Proz. Kritische Gebühr für Monatsleistungen: 4,80 M. Maschinen- u. s. w. erhalten eine Leistungsbefreiung von 20 Proz. des Lohnes ihrer Alters- und Ortsklasse. Korrekturen eine solche von 7 1/2 Proz.

Maßnahmenwertes Beispiel. Aus Anlaß der Hundertjahrfeier des Bibliographischen Instituts in Leipzig wurde das Personal mit einer Jubiläumsgabe von 100 000 M. bedacht, welche am 2. August bar ausgezahlt wurde. Dabei entfielen auf die Gehilfen pro Kopf 95 bzw. 100 M., die männlichen Hilfsarbeiter 80 M., die weiblichen Hilfsarbeiter 40 bzw. 50 M., die Lehrlinge 15 bis 30 M. Die Angestellten erhielten ein Monatsgehalt. Außerdem wurde die Pensionstafel (inkl. Witwen- und Waisentafel) um 100 000 M. vergrößert.

Meisterprüfung. Der Buchdrucker Alfred K. in Solingen hat vor der Handwerkskammer Düsseldorf die Meisterprüfung als Seher und Drucker im Praktischen und Theoretischen mit dem Prädikat „Gut“ bestanden.

Das „Deutsche Magazin“. Ohne einen Pfennig Bargeld zu besitzen, wollte der Kaufmann Harry Berlin eine neue Wochenzeitschrift „Deutsches Magazin“ gründen. Ein Freund von ihm, der Buchdrucker war, fertigte gratis die notwendigen Drucksaften an, und Berlin seinerseits begann, Inserenten zu werben. In etwa 15 Fällen erhielt er Aufträge und kassierte sofort Anzahlungen ein. Da das „Deutsche Magazin“ nie erschien, so erstatteten verschiedene Leute, die Geld gezahlt hatten, Strafanzeige. Berlin wurde vom Schöffengericht Neukölln für schuldig erachtet und mit vier Monaten Gefängnis wegen Betrugs bestraft.

Schuldauer in der Erwerbslosenfürsorge. Verlängerung der bisherigen Vorschriften bis zum 31. Januar 1927. Der Reichsarbeitsminister hat am 30. März die Schuldauer in der Erwerbslosenfürsorge auf 39 Wochen verlängert und am 9. Juni das Baugewerbe mit einbezogen. Gleichzeitig wurden die zur Entscheidung über die Unterfertigung zuständigen Stellen aufgefordert, auf Grund der ihnen zustehenden Befugnisse die Fürsorge über die 39. Woche bis zur Dauer von 52 Wochen zu verlängern. Die Wirksamkeit dieser Anordnung wird zunächst auf die Zeit bis zum 31. Juli 1926 begrenzt. Der Reichsarbeitsminister hat jetzt diese Frist bis zum 31. Januar 1927 verlängert.

Volkspflege. Dieses Versicherungsinstitut der deutschen Arbeiterfürsorge hat im ersten Halbjahr 1926 recht beachtliche Erfolge aufzuweisen. Die Antragsstellung steigerte sich in der Volks- und Lebensversicherung um rund 117 000 und erreicht damit einen Bestand von insgesamt etwa 670 000 Versicherungen. Die Versicherungssumme nahm um 50 Millionen Mark zu und hat gegenwärtig eine Höhe von etwa 220 Millionen Mark. — An Sterbegeldern wurden in den ersten sechs Monaten d. J. 300 000 M. ausgezahlt; damit sind seit Umstellung auf feste Währung insgesamt 1,5 Millionen Mark den Hinterbliebenen der bei der Volkspflege verstorbenen Versicherten zugute gekommen. — Zur Förderung der Konsumgenossenschaften, des genossenschaftlichen Kleinwohnungsbaues usw. wurden Darlehen, die mündelndlich angelegt sind, in Höhe von 15 Millionen Mark gegeben bzw. fest zugesagt. Arbeiter und Angestellte, Gewerkschafter und Genossenschaftler dürfen keine privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften

unterstützen. Alle Versicherungsbedürfnisse des arbeitenden Volkes müssen bei dem eignen Unternehmen, der von den freien Gewerkschaften und den Konsumgenossenschaften ins Leben gerufenen Volksfürsorge, gedeckt werden.

Die Bedeutung des Rundfunks. Die mitteldeutsche Konferenz des Arbeiter-Radioklubs tagte am Sonntagabend, dem 10., und Sonntag, dem 11. Juli, im „Volkshaus“ in Mittenburg. Neben organisatorischen Angelegenheiten waren Fragen Gegenstand der Erörterung, die über den Arbeiter-Radioklub hinaus von eminenter Wichtigkeit sind. Die in der Diskussion der Programmfrage und der Stellung des Arbeiter-Radioklubs zum offiziellen Rundfunk angeführten Probleme gehen die gesamte Klassenbewusste Arbeitererschaft an. Das Bewußtsein, daß der Arbeiter-Radioklub Pionierarbeit für die gesamte Arbeitererschaft leistet, kam auf der Tagung deutlich zum Ausdruck. Man war sich aber darüber klar, daß nur in Anlehnung und mit Unterstützung der Arbeiterorganisationen die Arbeit von Erfolg gekrönt sein kann. Überraschend wirkte eine Mitteilung über die Kulturbeiträge bei der Mitteldeutschen Rundfunkgesellschaft. Bekanntlich hat der sächsische Landtag beschlossen, dem Arbeiter-Radioklub drei Sitze in dem Kulturbeitrag zu gewähren. Nach Mitteilungen auf der Tagung hat das sächsische Ministerium versucht, den Beschluß nicht zu beachten. In einer Resolution wurde dagegen schärfster Protest erhoben. Die Leitung des mitteldeutschen Landesbezirks (St. Leipzig) wurde beauftragt, sofort die nötigen Schritte zu unternehmen, damit der Arbeiter-Radioklub die ihm zugestandenen Sitze im Kulturbeitrag erhält. Die Tagung bewies in ihrem Verlauf, daß der Arbeiter-Radioklub in Mitteldeutschland festen Boden unter den Füßen hat und daß er gewillt ist, seine Aufgaben zu erfüllen im Dienste der gesamten Arbeiterbewegung.

Verfassungsfeiern im Reich. Nach einer Mitteilung des Demokratischen Zeitungsdienstes hat der Reichsminister des Innern an die Länder ein Rundschreiben gerichtet, in dem die Abhaltung amtlicher Verfassungsfeiern am 11. August empfohlen wird. Gleichzeitig hat der Reichsminister mitgeteilt, daß am Verfassungstage in den Reichsministerien und bei den Reichsbehörden, bei denen es möglich ist, der Dienst um 1 Uhr beendet werden soll. Den Ländern wird eine gleiche Regelung anempfohlen. Auf Beschluß des preussischen Staatsministeriums ist für sämtliche preussischen Behörden der Dienstschluß am Verfassungstage auf 1 Uhr nachmittags festgelegt worden. Die Preussische Verfassungsfeier findet in der Paulskirche statt. Im Anschluß an die Verfassungsfeier wird das Ehrenmal für den verstorbenen Reichspräsidenten Ebert auf dem Paulsplatz enthüllt werden.

Das ist der Krieg! Nach einer Erhebung des Statistischen Reichsamts und des Reichsarbeitsministeriums erhalten noch ungefähr 650 000 Kriegseingeschickte Verpflegungsgeldbescheine. Rund 40 000 Kriegseingeschickte leiden an Lungentuberkulose. 2700 sind blind. Rund 20 000 sind Arm- und Handamputierte. 44 000 haben ein Bein oder einen Fuß verloren. Für die Verpflegung und Fürsorge der Kriegseingeschickten und Kriegesinvaliden bedraufte das Reich jährlich rund ein Drittel seiner Gesamtausgaben!

Unre deutsche Wirtschaftsführer macht uns kein Land der Erde nach. Der amerikanische Industrielle C. A. Filene bereist Deutschland, um die deutsche Wirtschaft zu studieren. Er kommt aus dem Kopfschütteln nicht heraus. Die Dinge liegen doch so einfach. Ist es denn wirklich so schwer zu begreifen, daß Massenproduktion ohne Massenabgab unbedenklich ist, und daß der Massenabgab nur durch niedrige Preise und höhere Löhne herbeigeführt werden kann? Nach seinem Bericht auf der Pariser Tagung der internationalen Handelskammer ist es ihm endlich gelungen, mit Unterstützung des Herrn Duisberg die deutschen Industriellen und die deutsche Regierung von dieser lapidaren einfachen Wahrheit zu überzeugen, die jeder zwölfjährige Junge auch ohne die lebenswürdige Vermittlung des Herrn Duisberg und ohne besondere geistige Anstrengung begreift. Die deutschen Industriellen aber glauben immer noch, Massenproduktion könne am besten durch herabgesetzte Löhne und längere Arbeitszeit erzielt werden! Nur energische und tatkräftige Abzweigung durch die deutschen Werftätigen wird sie von diesem Standpunkt abbringen und die deutsche Wirtschaft vor dem völligen Zusammenbruch bewahren können. Die Amerikaner können lachen, sie haben Wirtschaftsführer, die man bei uns mit der Laterne suchen muß.

Patentschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber, S. a. m. b. H., Soltenwall 8, welcher den Lesern unseres Blattes Auskunft und Rat in allen Angelegenheiten des gewerblichen Rechtsschutzes sowie der Bewertung von Schutztiteln kostenlos erteilt.

- Patentanmeldungen:** (veröffentlicht im „Patentblatt“ vom 15. Juli 1926):
- Nr. 15a St. 38 892 Standard Compositör K. G., Berlin, „Materialeigenschaftenverbessernde Verfahren für Metallbleche“ und „Zellenbauverfahren“
 - Nr. 15d M. 7 487 Welche Brühung Brech und Manufacturing Company, Chicago, „Antrieb für Druckpressen, besonders Schälmaschinen und Druckmaschinen gegenläufig bewirkt“
 - Nr. 15d S. 96 947 Samit Serbit und Roua & Wisstoft, Budapest, „Druckmaschinen für Rotationsdruckmaschinen“
 - Nr. 15d S. 90 788 Klopner und Maschinenbau Limited, London, „Rotationsdruckmaschine mit mehreren Patentanordnungen“
- Patenterteilungen:**
- Nr. 15d 492 096 Böhm & Seiber, Wladiwostok, „Vorrichtung zum Abdrücken des Farnweilers an die Farnblattwale bei Druckmaschinen“
 - Nr. 15d 492 097 Vorkühnische Maschinenfabrik vorm. F. C. & S. Dietrich, München, „Querschneidvorrichtung für Rotationsdruckmaschinen“

Literarisches

„Das Bibliographische Institut.“ Veröffentlicht auf seiner Jahrsversammlung in der S. a. m. b. H. Soltenwall. Bibliographisches Institut 1926. Das weltbekannte Verlagsunternehmen, das besonders durch sein Konsumgenossenschaftler der breitesten Öffentlichkeit bekannt geworden ist, konnte am 1. Januar auf ein 100jähriges Bestehen zurückblicken. 1826 von Johann

